

Umsetzung der Wärmewende in Gefahr

[30.03.2026] Deutschlands Kommunen warnen vor einem finanziellen Kollaps, der Investitionen in die Wärmewende ausbremst. Ohne grundlegende Reformen und verlässliche Förderstrukturen drohen Planung und Umsetzung vor Ort ins Stocken zu geraten.

Städte und Gemeinden in Deutschland sehen ihre Handlungsfähigkeit bei zentralen Zukunftsaufgaben massiv gefährdet, insbesondere bei der Umsetzung der Wärmewende. Wie der [Deutsche Städte- und Gemeindebund \(DStGB\)](#) nach einer Sitzung seines Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft vergangene Woche in Oberkochen mitteilt, verschärft die angespannte Haushaltslage den Investitionsstau erheblich.

Diese strukturellen Defizite wirken direkt auf die Energiewende vor Ort. Die Kommunen tragen die Hauptverantwortung für die Wärmeplanung und den Ausbau klimaneutraler Versorgungsstrukturen. Viele Städte und Gemeinden haben entsprechende Pläne bereits erarbeitet oder weit vorangetrieben. Nun verlangen sie verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und klare Förderregeln, damit diese Planungen nicht ins Leere laufen.

Besonders kritisch sehen die Kommunen die derzeitige Förderpraxis. [Programme seien oft zu komplex und administrativ kaum zu bewältigen](#). Zudem fehle eine konsequente Ausrichtung an den kommunalen Wärmeplänen. Fördermittel müssten gezielt in den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen fließen, wo diese vorgesehen sind, während individuelle Lösungen wie Wärmepumpen außerhalb dieser Gebiete gefördert werden sollten. Parallelförderungen widersprächen einer effizienten Systementwicklung.

Auch die angekündigte größere Technologieoffenheit bewerten die Kommunen grundsätzlich positiv. Sie fordern jedoch, dass der Gesetzgeber klare Ziele vorgibt, die konkrete Umsetzung aber vor Ort entschieden wird. Einheitliche Vorgaben würden den unterschiedlichen lokalen Bedingungen nicht gerecht. Entscheidend sei ein integriertes Gesamtkonzept, das Wärme-, Strom-, Gas- und Wasserstoffinfrastrukturen zusammen denkt und kostspielige Doppelstrukturen vermeidet.

Der größte Engpass liegt aus Sicht der Kommunen in der Finanzierung der Umsetzung. Der Ausbau von Wärmenetzen, erneuerbaren Erzeugungsanlagen und die energetische Gebäudemodernisierung erfordern hohe Investitionen. Dafür brauche es langfristig stabile Förderinstrumente, zusätzliche Finanzierungsquellen und Absicherungen gegen wirtschaftliche Risiken. Sondervermögen und Einzelprogramme könnten punktuell helfen, ersetzen aber keine tragfähige Finanzreform.

Die kommunalen Spitzenvertreter machen deutlich, dass die eigentliche Herausforderung erst nach der Planung beginnt. Ohne ausreichende Mittel und klare Zuständigkeiten droht die Wärmewende auf der Umsetzungsebene zu scheitern. Planungssicherheit, finanzielle Leistungsfähigkeit und ein konsistenter Rechtsrahmen seien die Voraussetzungen, damit die Transformation der Wärmeversorgung gelingt.

(th)

Stichwörter: Politik, Wärmeversorgung, Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)